

titel

Neues Konsumentenverständnis in Sicht?

Ja-Seite im Vorsprung bei Sonntagsverkäufen, keine Mehrheiten bei der Moratoriumsinitiative.

**MEDIENBERICHT ZUR BEFRAGUNG
FÜR DIE SRG SSR IDEE SUISSE ZUR
ABSTIMMUNG VOM 27. NOVEMBER 2005**

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

Lukas Golder, Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe, Projektassistent

Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



Headline

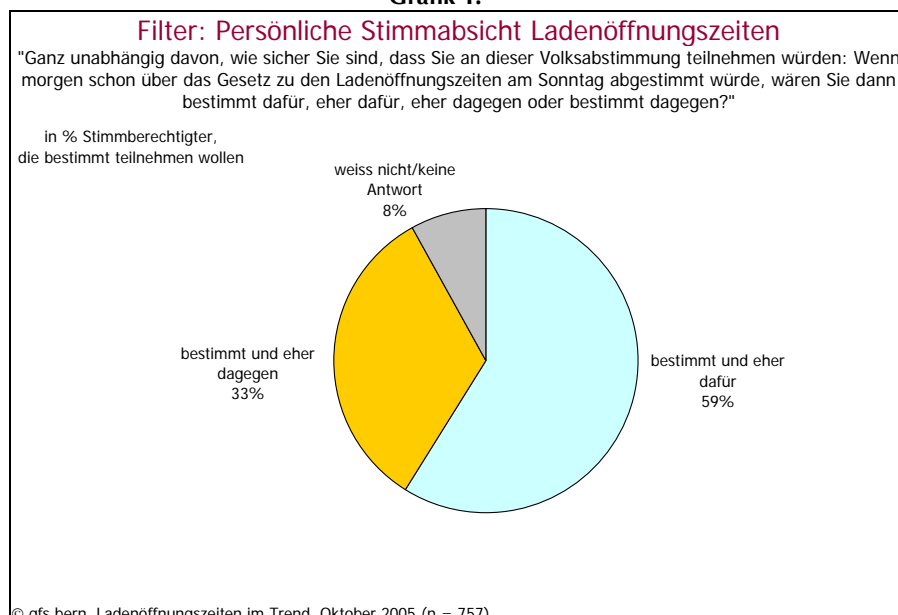
Würde heute schon über die beiden Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 27. November 2005 abgestimmt, bekäme die Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntagseinkäufen eine Zustimmung von 59 Prozent und eine Ablehnung von 33 Prozent. 8 Prozent der teilnahmewilligen BürgerInnen wüssten noch nicht was sie stimmen würden. Die Volksinitiative für eine gentechfreie Landwirtschaft würde von 47 Prozent befürwortet, und es wären hier 36 Prozent dagegen. 17 Prozent hätten hier nicht gewusst, was sie stimmen würden. Beteiligt hätten sich 47 Prozent der stimmberechtigten Bürger und Bürgerinnen.

Das sind die Hauptergebnisse der ersten Repräsentativ-Befragung des Forschungsinstituts "gfs.bern" für die SRG SSR idée suisse Medien zur Volksabstimmung vom 27. November 2005. Befragt wurden hierfür 1216 repräsentativ ausgesuchte, stimmberechtigte Personen in der ganzen Schweiz, die von 5. bis 15. Oktober in einem computergestützten Telefoninterview Auskunft über den Stand ihrer persönlichen Meinungsbildung gaben. Das darf im Vorfeld einer Volksabstimmung nicht mit dem Abstimmungsverhalten gleichgesetzt werden, bevor der Meinungsbildungsprozess nicht abgeschlossen ist. Die Angaben zu den Methoden finden sich im letzten Kapitel dieses Berichts.

Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntagseinkäufen

Bei der Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntagseinkäufen ist von "grossen Bahnhöfen" und "Zentren des öffentlichen Verkehrs" die Rede. Mehrfach hat sich in den letzten Abstimmungen ein politisch relevanter Stadt/Land-Graben geöffnet – in europapolitischen Abstimmungen wurde dieser Graben sogar grösser als der Röstigraben. Wie steht es um diesen Gegensatz beim Bei der Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntagseinkäufen? Öffnet sich hier idealtypisch ein Graben zwischen einer städtisch-modernen Konsumgesellschaft auf der einen Seite und einer ländlich-konservativen Gemeindebürgerschaft auf der anderen Seite?

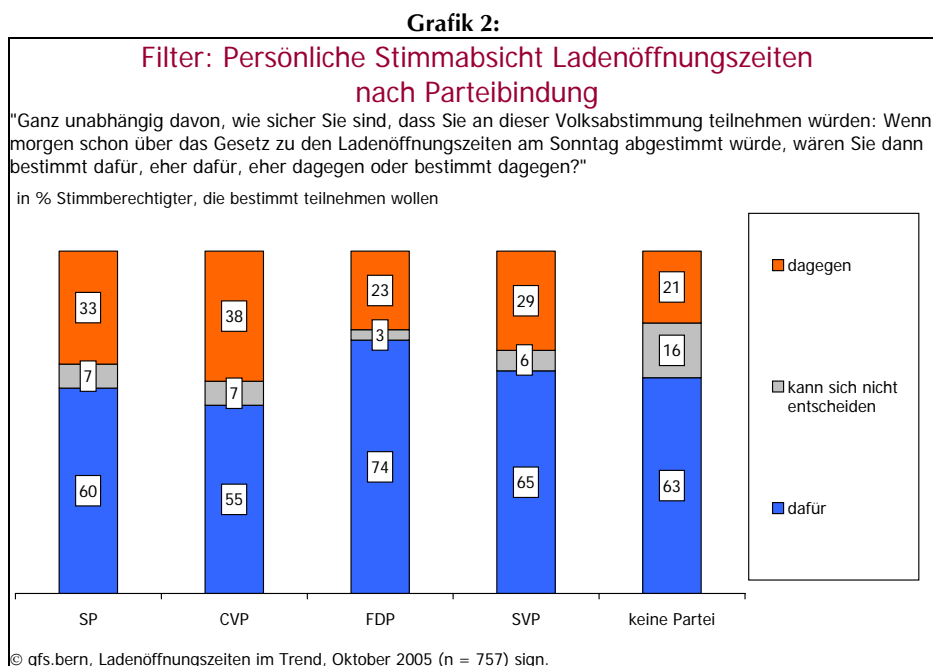
Grafik 1:



Ladenöffnungszeiten am Sonntag treffen in der Schweiz nicht auf eine fundamentale, aber auf eine klar wahrnehmbare Opposition. Ein Drittel der Stimmberechtigten mit Teilnahmeabsicht äussert sich klar oder tendenziell kritisch zur Vorlage. In der Ausgangslage ist das Gesetz aber fähig, eine Mehrheit bestimmt oder eher anzusprechen. In der Befragung entsprach dies 59 Prozent der Teilnehmewilligen. Nur 8 Prozent hatten keine Meinung oder verweigerten die Antwort.

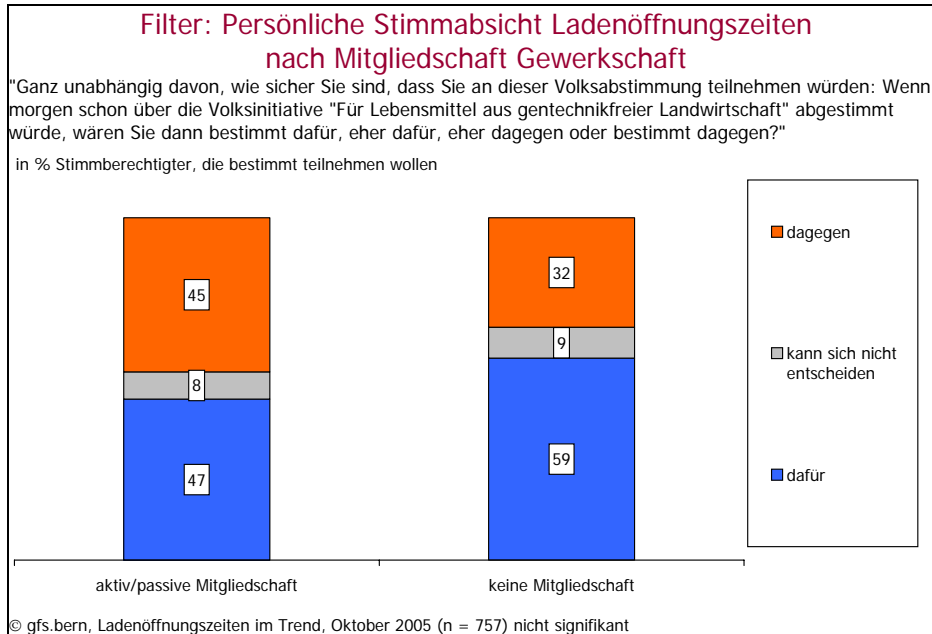
Der sehr geringe Anteil Unentschiedener spricht für eine ausserordentlich hohe Fähigkeit der Befragten, sich über das Thema eine Meinung zu bilden. Damit ist nicht nur die Vorlage selbst alltagsrelevant, sie wird zu Beginn der Meinungsbildung offenbar von breiten Kreisen auch genau aus dieser Sicht beurteilt. Für Viele handelt es sich um die Frage, ob Einkaufen am Sonntag möglich sein soll oder nicht – nicht mehr und nicht weniger. Und das ist recht einfach zu verstehen.

Einer alltagsnahen Beurteilung entspricht auch eine nur beschränkt politische Wahrnehmung einer Vorlage. Dies bestätigt sich in der Ausgangslage für die Sonntagsverkäufe. Bei den Wählerschaften der FDP sind die Befürworter deutlich in der Mehrheit, während bei der CVP die Skepsis etwas akzentuierter ist – aber auch bei der CVP bleibt eine Mehrheit der Teilnehmewilligen im Ja und folgt damit der Parole der Mutterpartei. Dies steht im Gegensatz zur SP-Wählerschaft, welche in ihrer Mehrheit zu Beginn des Abstimmungskampfes nicht der Parole der Partei folgt. Vielmehr sind die Verhältnisse bei den Stimmabsichten praktisch gleich verteilt wie in der Gesamtbevölkerung.



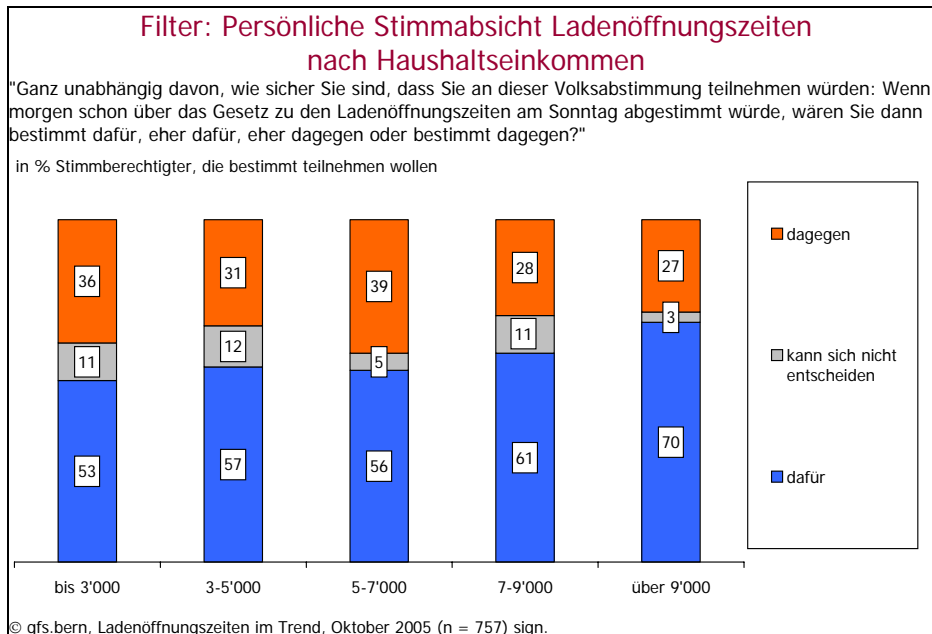
Aufgrund der Fallzahlen ist es nicht eindeutig signifikant, aber qualitativ kann klar festgehalten werden, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu mehr Skepsis gegenüber der Sonntagsarbeit führt. Zwar ist unter den GewerkschafterInnen nach wie vor eine relative Mehrheit für die Vorlage, die Skepsis ist aber sehr klar verbreitet, und es reicht nicht mehr für die absolute Mehrheit. Hier zeigt sich demnach effektiv eine leicht politische Lesweise der Vorlage.

Grafik 3:



Am deutlichsten und auch signifikant ist der Zusammenhang zwischen den Stimmabsichten und dem Einkommen: Je höher das verfügbare Haushaltseinkommen, desto höher die Ja-Neigung der aus diesem Haushalt befragten Person zum Arbeitsgesetz zugunsten vom Sonntags-Shopping. Die Schichtabhängigkeit zeigt sich weniger deutlich bei der Bildung. Das dürfte bedeuten, dass eher die Lebensführung und der Lebensstil mit viel verfügbaren Ressourcen zu einer hohen Annahmefähigkeit führt und nicht eine Prägung des Individuums durch eine bestimmte Wertegemeinschaft mit einem bestimmten Bildungshintergrund.

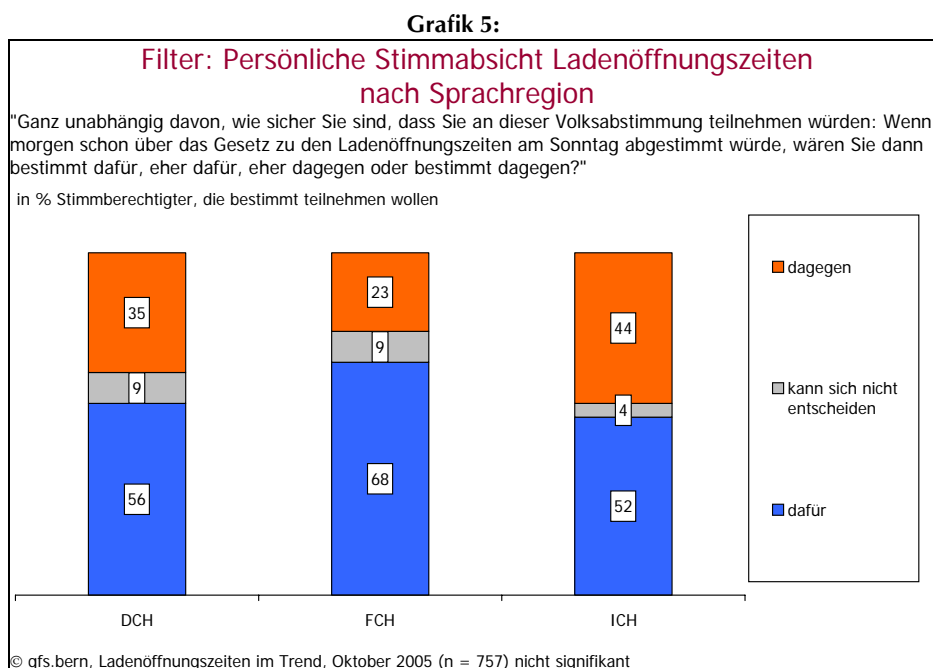
Grafik 4:



Zwar betrifft die Änderung des Arbeitsgesetzes nur grosse Bahnhöfe und Flughäfen, die mehrheitliche Ja-Neigung zeigt sich aber auf dem Land, in kleineren und mittleren Agglomerationen als auch in den grossen Städten. Die Unterschiede sind nicht signifikant. Wird die Vorlage in der Tat aus dem eigenen Alltagsbezug hinaus bewertet, so kann man daraus schliessen, dass nicht nur StädterInnen von Sonntagsverkäufen profitieren. Der anfänglich

thesenartig formulierte Stadt/Land-Graben öffnet sich vor der Hauptphase des Abstimmungskampfes damit nicht. Ging es bei den Abstimmungen über die Bilateralen noch klar um weltanschauliche und damit genuin politische Fragen, so lässt sich bei der Frage der Ladenöffnungszeiten eine klare politische Abkühlung feststellen, die sich genau hier am deutlichsten zeigt.

Schliesslich seien auch die sprachregionalen Unterschiede erwähnt. Auch diese sind nicht signifikant und in allen Sprachregionen wollen Mehrheiten zurzeit die Vorlage annehmen. Die höchste momentane Zustimmungsbereitschaft halten wir in der französischsprachigen Schweiz fest.



Als Konfliktmuster zeigt sich ein relativ unpolitisches Profil der Vorlage mit Ja-Mehrheiten in fast allen Gruppen ausser unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

Grafik 6:

Konfliktmuster Ladenöffnungsgesetz

Signifikante Zusammenhänge

- Parteibindung
- Haushaltseinkommen

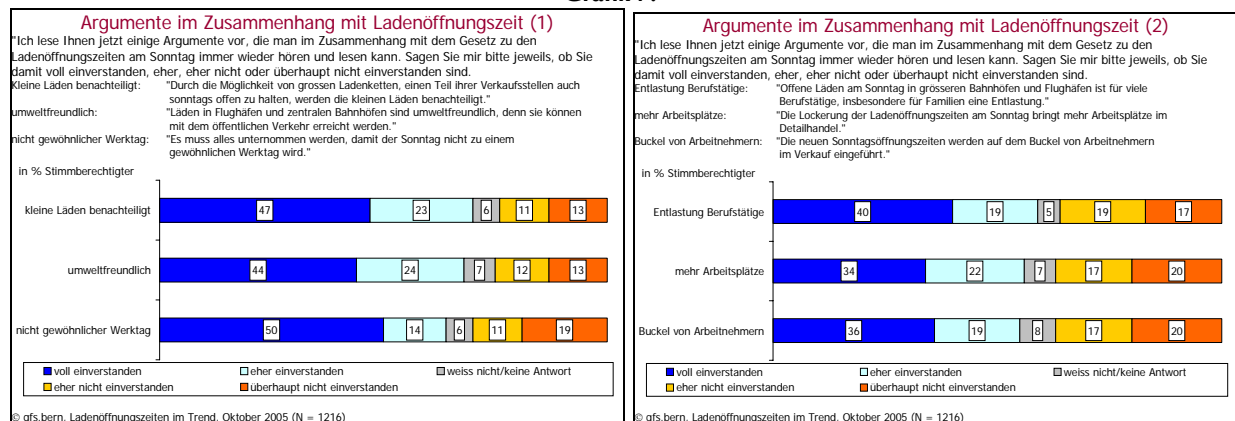
Nicht signifikante Zusammenhänge

- Mitgliedschaft Gewerkschaft (qualitativ deutlich)
- Siedlungsart
- Sprachregion
- Bildung
- Alter
- Geschlecht

Trotz mehrheitlicher Zustimmungsabsichten in den meisten Gruppen hat die Gegnerschaft auch akzeptierte Argumente. Beide Seiten haben damit aus Sicht der Stimmberechtigten in gewissem Sinne Recht, und entscheidend werden die individuellen Gewichtungen der Argumente.

Das am meisten akzeptierte Argument, das wir getestet haben, betrifft die Benachteiligung kleiner Läden. 64 Prozent unterstützen ferner das Gegenargument, dass der Sonntag nicht zu einem gewöhnlichen Werktag wird. Das am meisten akzeptierte Argument der Befürworter betrifft den Umweltschutz, weil die Zentren mit dem öffentlichen Verkehr erreicht werden können. Auch die weiteren Argumente werden von einer Mehrheit getragen: Die Entlastung der Berufstätigen dank offenen Läden am Sonntag sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Ja-Seite als auch das Argument, dass die Öffnungszeiten auf dem Buckel von Arbeitnehmern im Verkauf eingeführt werden auf der Nein-Seite.

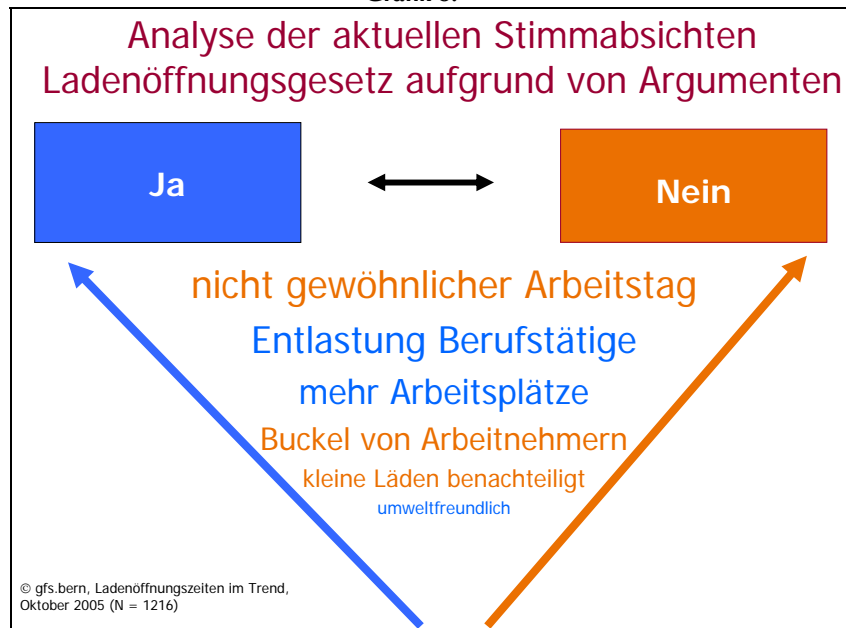
Grafik 7:



Das erklärungskräftigste Argument betrifft den Sonntag. Hier lässt sich auch eine moralische Note erkennen, welche die heutigen Nein-Stimmabsichten am besten erklärt. Das stärkste Ja-Argument betrifft umgekehrt den Alltag und die Entlastung von Berufstätigen. Die wirtschaftspolitische Argumentation und die gewerkschaftliche Argumentation folgen erst dahinter. Die beiden am meisten akzeptierten Argumente zur Benachteiligung von

Kleinläden und zum Umweltschutz bleiben dagegen mit geringer Wirkung auf die heutigen Stimmabsichten.

Grafik 8:

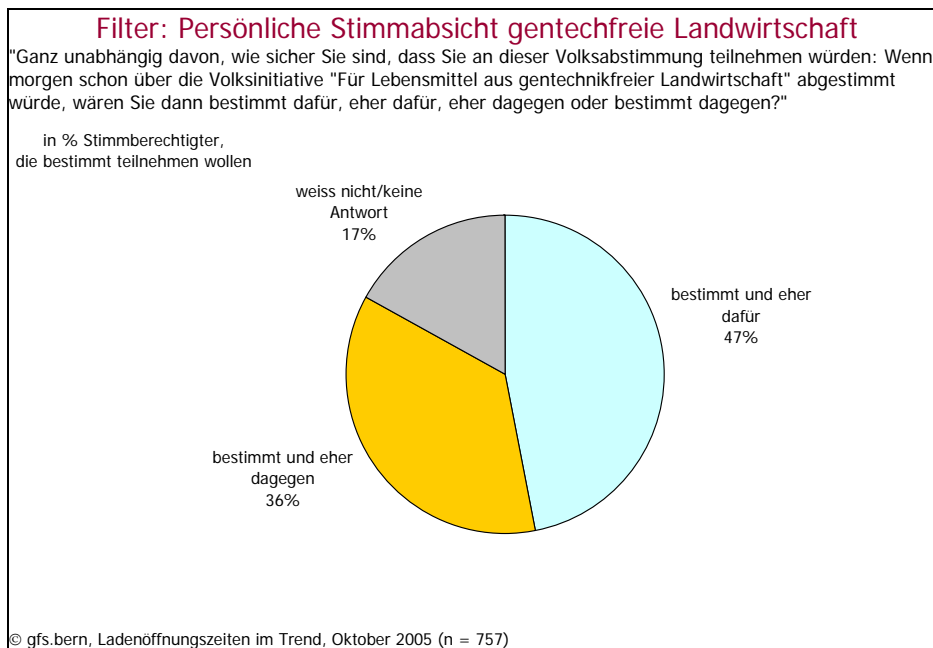


Die vorläufige Wirkung der Botschaften auf die Meinungsbildung zur Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntageinkäufen ist geprägt von einer verhalten positiven Grundstimmung gegenüber Einkaufen am Sonntag. Diese Frage wird kaum politisch gelesen, sondern sie ist vielmehr geprägt von der eigenen Alltagserfahrungen und Nutzenüberlegungen. Eine relevante Minderheit möchte aus gesellschaftlichen oder moralischen Gründen den Sonntag nicht zum gewöhnlichen Werktag werden lassen, während eine Mehrheit zu Beginn der Meinungsbildung aus praktischen Überlegungen und aus persönlichem Nutzen heraus der Vorlage zustimmen will. Diese Überlegungen führen nicht nur in Städten zu positiven Erstbeurteilungen der Vorlage.

Gentechfreie Landwirtschaft

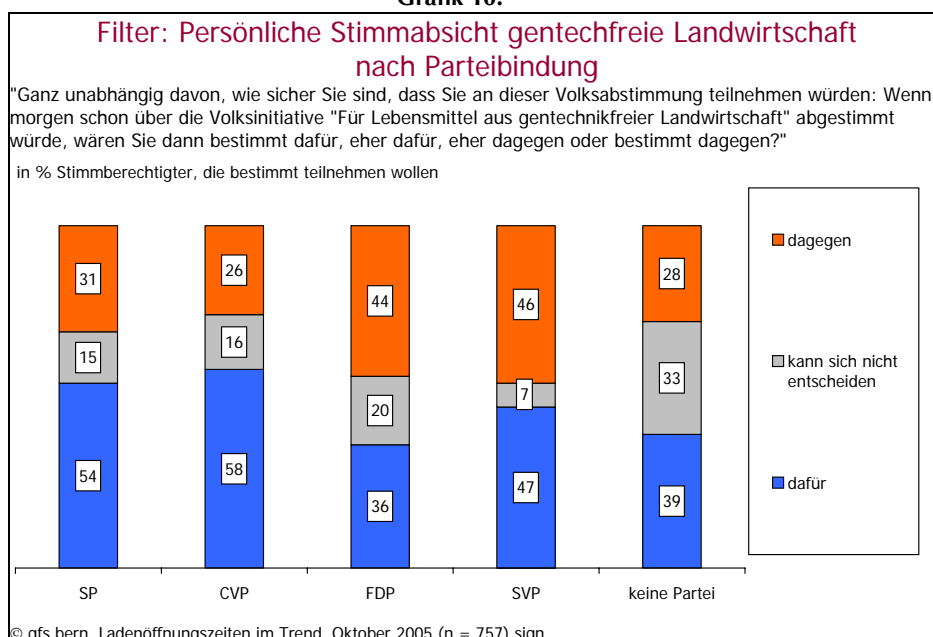
Würde heute schon über die Moratoriums-Initiative zu Gentechnologie in Lebensmitteln abgestimmt, wären 47 Prozent bestimmt oder eher dafür, 36 Prozent bestimmt oder eher dagegen und 17 Prozent der beteiligungswilligen BürgerInnen wären unentschieden. Die Ja-Seite hat damit in der Ausgangslage einen gewissen Vorsprung. Sie weiss jedoch nur die relative, nicht die absolute Mehrheit hinter sich.

Grafik 9:



Zu Beginn des Meinungsbildungsprozesses hat die Initiative an der CVP-Basis die grösste Unterstützung. Hier würden 58 Prozent dafür votieren, und es wären nur 26 Prozent auf der Nein-Seite. Damit ergibt sich eine deutlich Kluft zur offiziellen Parteiparole, die ablehnend ist. In sich gespalten ist auch die SVP-Wählerschaft. Keine Seite weiss eine Mehrheit hinter sich. Die gegenwärtige Zustimmungsabsicht beträgt 47 Prozent, die Ablehnungstendenz umfasst 46 Prozent. Tendenziell ergibt sich auch hier ein Problem mit der ablehnenden Parteiparole. Bei der FDP schliesslich sind die Verhältnisse schon am klarsten in Richtung Parteiparole ausgeprägt. Es wären 44 Prozent dagegen, und nur 36 Prozent dafür. Eine Zustimmungsmehrheit kennt dagegen die SP-Basis. Da stimmt die Tendenz mit der befürwortenden Parteiparole überein.

Grafik 10:



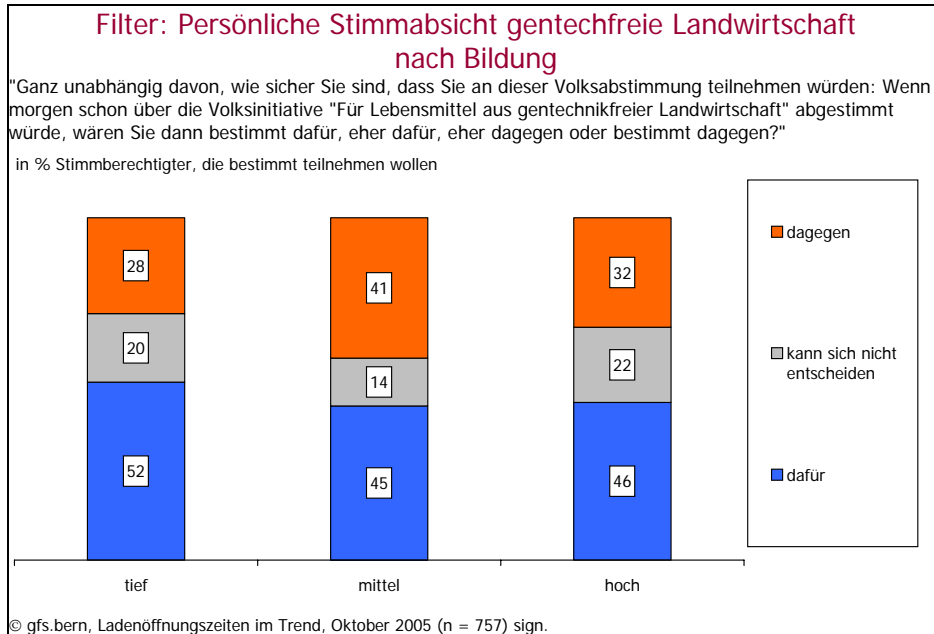
Die Überraschung liegt demnach weniger in der Gespaltenheit der SVP. Das kam auch schon an der Delegiertenversammlung zum Ausdruck. Vielmehr ist die Position der CVP-Basis die Surprise. Mindestens so ländlich, ebenso bäuerlich, und ähnlich konservativ er-

gibt sich hier eine noch grössere Zurückhaltung, selbst wenn dies bei der Parolenfassung wenig zum Ausdruck gekommen ist. Die Entwicklung der Meinungsbildung in der CVP- und der SVP-Anhängerschaft sind denn gegenwärtig das interessanteste, auch wenn es um den Ausgang der Volksentscheidung geht. Man kann das als ökologisch-konservative Kritik an der Industriegesellschaft verstehen, die nicht nur bei den Grünen Widerhall findet, sondern auch in traditionellen Teilen des bürgerlichen Lagers. Dieses ist, für einmal, ähnlich wie das rot-grüne Lager disponiert.

Die politisch unübliche Koalition führt bei den Sprachregionen zu wenig ausgeprägten Verhältnissen. Man kann eigentlich nur eine erhöhte Zustimmungsbereitschaft für die italienischsprachige Schweiz festgehalten. In der deutsch- wie in der französischsprachigen Schweiz ist die Tendenz skeptischer. In beiden Sprachregionen gibt es aber einen Unterschied zwischen Stadt und Land. In den ruralen Gebieten ist die Tendenz zum Ja verstärkt, aber in den urbanen Gebieten etwas abgeschwächt.

Der einzige, einigermaßen signifikante Indikator, der die Stimmabsichten einfach beschreibt, ist der Schulabschluss. Je tiefer dieser ist, egal ob mit linker oder rechter Parteibindung verknüpft, desto höher fallen die Zustimmungswerte aus. Sie sind bei den Personen mit einem hohen Bildungsabschluss, vor allem mit rechter Parteibindung, deutlich geringer.

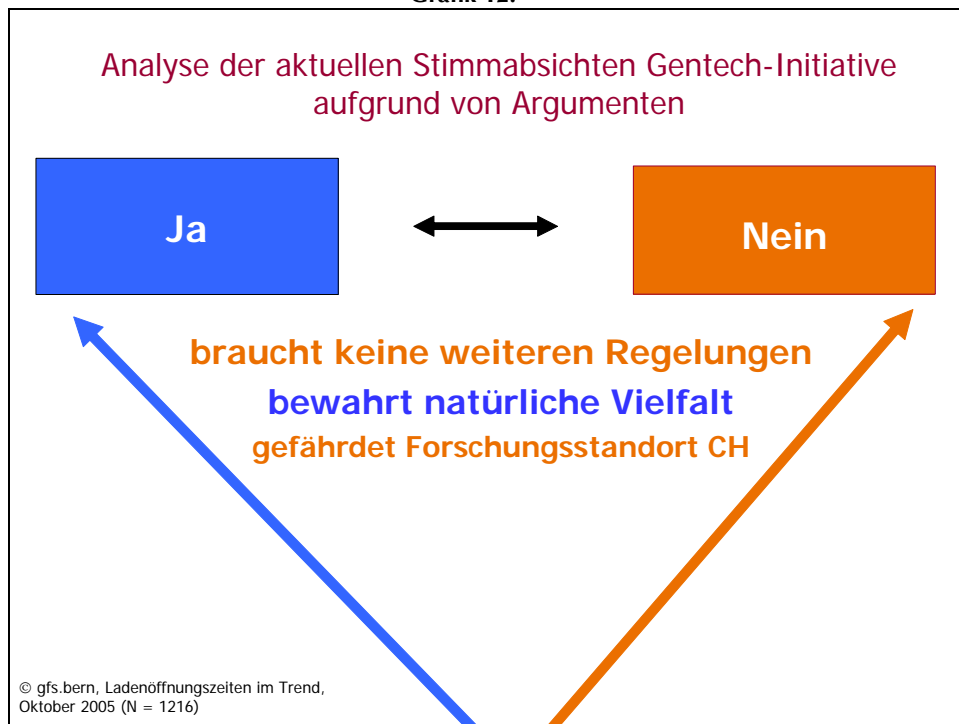
Grafik 11:



Nachweislich haben drei Argumente einen Einfluss auf die bisherige Meinungsbildung gehabt:

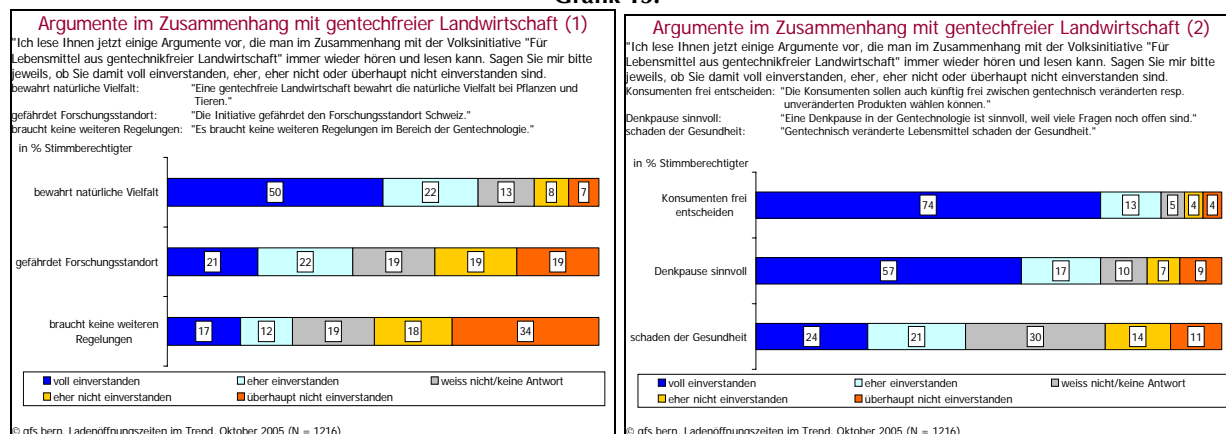
- die Nein-Botschaft, wonach die vom Parlament auf Gesetzesstufe ergriffenen Massnahmen genügen,
- die Ja-Botschaft, das es gelte, die natürliche Vielfalt in der Nahrungsmittelproduktion zu bewahren und
- die Ja-Botschaft, dass man mit einer Zustimmung den Forschungsstandort Schweiz gefährde.

Grafik 12:



So einfach wie das auf den ersten Blick aussieht, ist es aber nicht: Betrachtet man nämlich die Details hierzu, fällt auf, dass nur das zweite und dritte Argument im beabsichtigten Sinne wirken. Konkret: Die Ja-Seite kann mit der konservativen Botschaft zur Lebensmittelherstellung potenziell mehrheitsfähig argumentieren. Sie trifft damit eine klare Mehrheitsmeinung. Die Nein-Seite ist demgegenüber nur dann potenziell mehrheitsfähig, wenn sie auf den Forschungsplatz Schweiz zielt. Beschränkt sie sich darauf, die Regelung des Parlamentes als solche zu empfehlen, wirkt sie, aber nicht im erwarteten Sinne. Hier ist nämlich eine Mehrheit der Meinung, dass diese nicht genügen würden.

Grafik 13:



Die anderen, von uns geprüften Argumente zeigen noch kaum Wirkungen, sei es im beabsichtigten oder im umgekehrten Sinne. Auf der Ja-Seite ist es die konsequente Position gegen Gentechnik, wonach diese dem Menschen schade und das Argument, dass ein Moratorium eine Chance darstelle, weil es auch eine Denkpause in der Lebensmittelherstellung bedeutet. Das erste Argument verunsichert die Bürgerschaft zu stark. Viele Befragten stellen sich nicht dagegen, sind aber auch nicht dafür. Sie sind schlicht überfordert, wenn sie auf das radikale Argument antworten müssen. Ganz anders verhält es sich mit dem Moratorium. Als Denkpause, nicht als prinzipiellen Stopp verstanden, ist es durchaus mehrheitsfähig, wenn auch bisher kaum wirksam.

Aber auch die Nein-Seite hat einen mehrheitsfähigen Trumpf in der Hand. Er besteht darin, dass es richtig ist, wenn die KonsumentInnen auch inskünftig frei entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zu sich nehmen wollen oder nicht. Da ist die Bevölkerungsmeinung eher zustimmend, dies war aber bisher kaum wirksam im Abstimmungskampf. Da das Gentechnikgesetz in dieser Hinsicht im Sinne der Konsumentensouveränität ausgestaltet worden ist, ist damit zu rechnen, dass die Wirkung gerade dieses Argumentationsfeldes noch an Bedeutung gewinnen wird.

Die Synthese

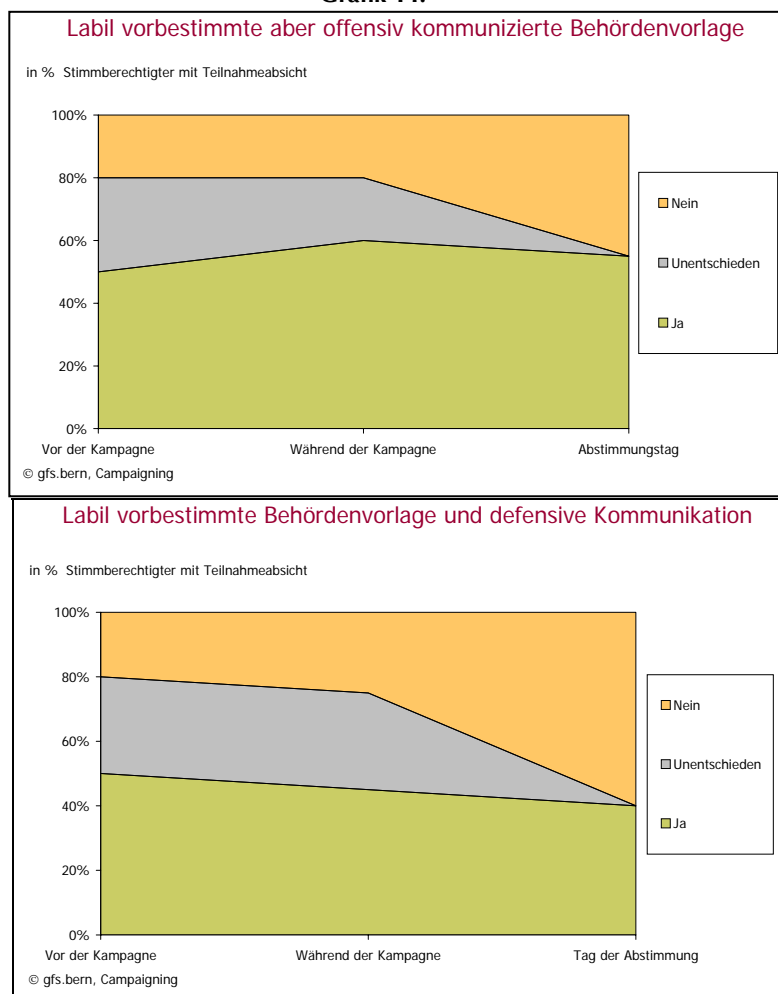
Es liegt die erste von zwei Repräsentativ-Befragungen zum Stand der Meinungsbildung zu den Vorlagen vor, über die am 27. November 2005 in Volksabstimmungen entschieden wird.

Selbstredend sind die Studienresultate, vom 5. bis 15. Oktober 2005 erhoben, nicht das Abstimmungsergebnis. Sie sind eine erste Auslegeordnung für die Ausgangslage, auf deren Basis der Abstimmungskampf dieser Tage begonnen hat.

Was kann man vorläufig festhalten? Der erste Befund betrifft die Involvierung der Bürgerschaft ins Abstimmungsgeschehen. Es ist, gemessen an der Absicht, sich zu beteiligen, für heutige Verhältnisse mittelstark. Mit 47 Prozent Beteiligungsabsicht liegen wir minimal über dem Mittel der Abstimmungen in der laufenden Legislaturperiode, aber einiges unter den Beteiligungswerten, welche die beiden letzten Abstimmungswochenenden mit Europa-Abstimmungen kannten. Bei der knappen Hälfte Stimmberechtigter, die sich beteiligen wollen, ist die Meinungsbildung zur Revision des Arbeitsgesetzes zugunsten von Sonntagseinkäufen deutlich fortgeschrittener. Nur 8 Prozent der teilnahmewilligen Menschen haben hierzu keine vorläufige Stimmabsicht. Mit 17 Prozent unentschiedenen BürgerInnen ist die Unentschiedenheit bei der anderen Vorlage, der Volksinitiative für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, rund doppelt so hoch. Da beide Vorlagen alltagsnahe Themen behandeln, kann es daran nicht liegen. Vielmehr geht es um die Verständlichkeit der Vorlagen. Die Forderung, die im revidierten Arbeitsgesetz erhoben wird, ist knapper und auch schon deutlicher erlebbar. Demgegenüber muss man sich bei der Moratoriumsinitiative (und dem indirekten Gegenvorschlag in Form eines Gentechnikgesetzes hierzu) mehr informieren, um zu wissen, was gelten soll und was nicht.

Das Gesetz für das Sonntags-Shopping hat aus heutiger Sicht die grösseren Chancen angenommen zu werden. Das folgt zunächst aus den Zahlen zu den vorläufigen Stimmabsichten, die mehrheitlich positiv sind. Es leitet sich aber auch aus der Erfahrung mit Meinungsbildungsprozessen bei Behördenvorlagen ab. Bei diesen ist üblicher, dass einmal gebildete Stärkeverhältnisse der beiden Lager erhalten bleiben, und die Zahl der Unentschiedenen mit dem Abstimmungskampf abnimmt. Es wachsen sicher die Anteile der Gegnerschaft, möglicherweise aber auch der Anteil der Befürwortung. Das würde für eine recht klare Zustimmung zu den Ladenöffnungszeiten sprechen, gäbe es nicht noch die atypische Entwicklung. Diese trifft erfahrungsgemäss dann ein, wenn es der Opposition gelingt, frühzeitig in einem Abstimmungskampf, also rasch, eine erhebliche Verunsicherung der Stimmberechtigten zu erreichen. Unter dieser Bedingung kann es auch sein, dass der Ja-Anteil kontinuierlich oder auch nur vorübergehend abnimmt.

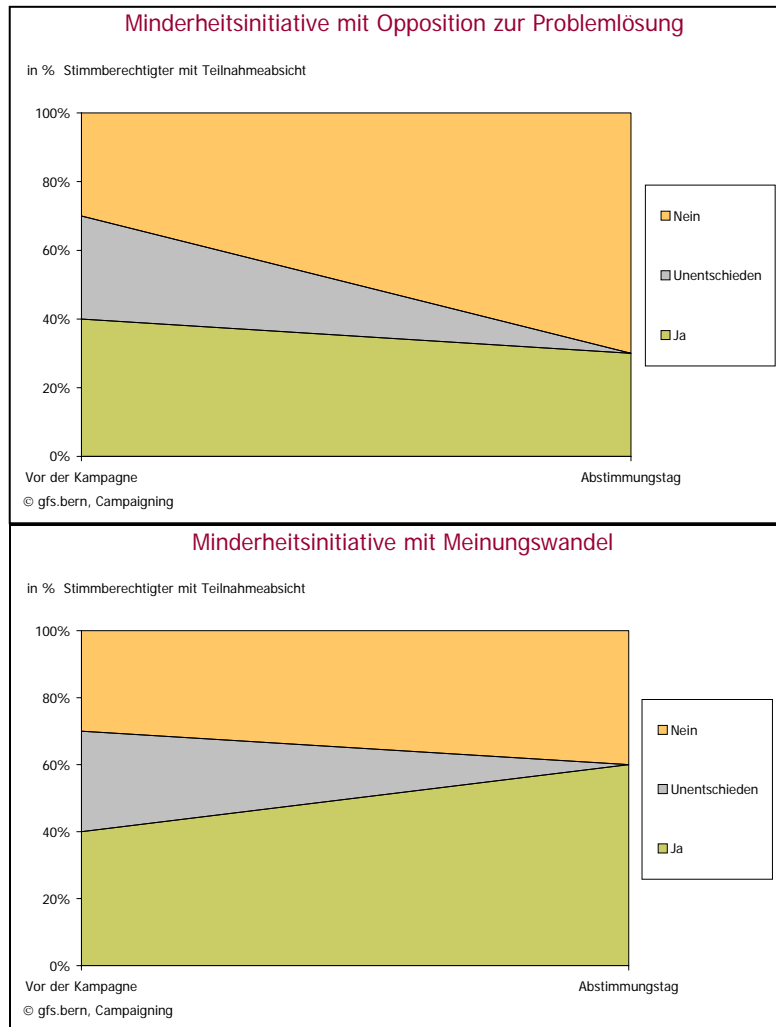
Grafik 14:



Dass das Gesetz zu den Sonntageinkäufen wenigstens in der Ausgangslage mehrheitliche Zustimmung findet, hat mit dem Bevölkerungsverständnis der Vorlage zu tun. Es geht nicht nur um die Privilegierung kleiner Minderheiten in den grossen, verkehrsreichen Zentren. Es geht mehr um die Bewältigung des Berufsalltags, der komplexer und individueller geworden ist. Deshalb wachsen die Bedürfnisse, neue Möglichkeiten zu erhalten, sich mit den nötigen Lebensmitteln eindecken zu können. Das ist die Haupttriebfeder, welche für die Zustimmung arbeitet. In unserer Untersuchung zeigt sich dies vor allem an den recht geringen Unterschieden in den Stimmabsichten der Parteigängerschaften. Sie sind weniger klar, als dies die recht klare Profilierung der Vorlage im Links/Rechts-Spektrum der Akteure erwarten liesse. Das setzt sich in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften fort, die allerdings nur tendenziell, nicht aber geschlossen gegen die Vorlage ist. Bezogen auf die Argumente wiederholt es sich in der Kernfrage: Ist es möglich, die Probleme des Alltags im Berufsleben besser zu meistern, ohne den Sonntag zu opfern? Letzteres möchte man eigentlich nicht, und das spricht am wirksamsten gegen die Vorlage; ersteres muss man aber besser lösen können als heute, was klar für sie spricht.

Anders beurteilen wir die Ausgangslage bei der Gentech-Initiative. Auch dies hat zwei Gründe: zunächst die Studienergebnisse, dann aber die Erfahrungen mit dem Meinungsbildungsprozess bei Volksinitiativen. Dies spricht dafür, dass die Zustimmungsbereitschaft mit zunehmender Dauer eines Abstimmungskampfes fast immer und fast kontinuierlich sinkt. Da sie jetzt schon nicht mehrheitlich ist, müsste es zu einer ganz unüblichen Kampagne und einer ziemlich unbekanntem Form des Meinungsbildungsprozesses kommen, dass die Vorlage in der Abstimmung passieren würde.

Grafik 15:



Wenn das gegenwärtig noch weniger deutlich ist, als gesagt, hat das seine Gründe: Die Meinungsbildung zur Moratoriums-Initiative bei der Gentechnik in der Landwirtschaft hat eben erst eingesetzt. Der erste Reflex entspricht bei den höheren Bildungsschichten stark dem Konfliktmuster von "Materialismus/Postmaterialismus". Jene Werte sprechen für die Gentechnik und gegen die Initiative; diese wirken genau umgekehrt. Das wichtigste Argument bisher dafür ist die natürliche Vielfalt der Nahrungsmittelproduktion, die gewahrt werden müsse, während der Forschungsstandort Schweiz, der keinen Schaden nehmen dürfe, als Argument gegen die Initiative gewirkt hat.

Die breite Bevölkerung reagiert auf diesen Diskurs eher zurückhaltend. Sie ist mehrheitlich skeptisch gegenüber der Gentechnik in der Landwirtschaft, was die relative Popularität der Initiative bei ihnen in der Ausgangslage erklärt. An den Nein-Botschaften gefällt ihr gerade nicht, dass man dem Parlament trauen soll, man ist aber auch nicht mehrheitlich der Meinung, Gentechnik sei an sich schädlich. In dieser Situation findet man ein Moratorium durchaus sinnvoll. Ob dies auch so bleibt, ist aber offen, denn die Nein-Seite kann dem Wunsch, der Gentechnik nicht ausgeliefert zu sein, mit der freien Wahl der Konsumenten populär entgegenkommen.

Man kann das auch so umschreiben: Die Bevölkerung bildet ein Y. Unten sind die traditionellen BürgerInnen. Egal, ob sie links oder rechts stehen, optieren sie mindestens in der Ausgangslage verstärkt im Sinne der Initiative. Oben gibt es eine Trennung: bei den höheren Bildungsschichten gibt es eine klarere Unterscheidung, ob man rechts oder links steht.

Links und gut geschult sein, heisst verstärkt ökologische Präferenzen zu haben und deshalb für die Initiative zu sein. Rechts und gut geschult zu sein, heisst verstärkt materialistische Präferenzen zu haben und deshalb gegen die Initiative zu sein. Das alleine reicht noch nicht. Entscheidend wird sein, ob das Y bleibt, oder ob daraus ein X wird, das heisst der Schulabschluss und die politische Orientierung massgeblich sein werden. Das würde bedeuten, dass Menschen mit mittlerer oder tiefer Schulbildung, aber bürgerlicher Parteibindung ins Nein wechseln würden.

Gibt es eine Gemeinsamkeit in all diesen Beobachtungen und Interpretationen? Politologisch nicht, denn im einen Fall handelt es sich um eine Initiative, in der Regel wenig aussichtsreich, wenn es um Mehrheiten geht, und im anderen Fall geht es um eine Vorlage, die nicht immer, aber meistens angenommen werden. Auch kommunikativ nicht, denn wir wissen, dass die Meinungsbildung bei Unentschiedenen in Umfragen von beiden Seiten betrieben werden kann, wenn es eine Behördenvorlage ist, während in Abstimmungskämpfen zu Volksinitiativen mit zunehmender Dauer meist die Gegnerschaft bevorteilt ist. Vielleicht gibt es aber eine mentale Gemeinsamkeit, nämlich, dass sich in Konturen jedenfalls ein neues Konsumentenverständnis abzuzeichnen beginnt. Es ist wohl pragmatisch, wenig politisch, am eigenen Nutzen ausgerichtet und wenig durch weltanschauliche Leitplanken steuerbar. Das ist wenigstens die Lehre aus der ersten der beiden Befragung zu den Volksabstimmungen vom 27. November 2005. Was bis dann effektiv mit dieser Disposition geschieht, sagt nicht unsere Befragung, sondern die Politik, die jetzt um die Volksmeinung ringt!

Anhang

Technischer Kurzbericht

Die Datenbasis entspricht einer Repräsentativ-Befragung, wie wir sie üblicherweise für die SRG SSR idée suisse Medien realisieren. Die Konzeption der Befragung, die detaillierten Frageformulierungen und sämtliche methodischen Fragen sind in der Verantwortung von gfs.bern. Was die Argumente betrifft, so trifft gfs.bern eine Vorauswahl, die definitive Auswahl nimmt die SRG vor. Sie genehmigt die integrale Schlussversion des Fragebogens.

Aufgrund der gewerkschaftlichen Kritik veröffentlichen wir ausnahmsweise den gesamten Fragetext der Sonntagverkäufe inklusive der Erläuterung. Hintergrund der Formulierung war der Gedanken, dass "Revision des Arbeitsgesetzes" in einer telefonischen Befragung zu abstrakt ist, um einer Beurteilung unterzogen zu werden.

Reden wir über das Gesetz zu den Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs. Demnach soll es künftig in der ganzen Schweiz erlaubt sein, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am Sonntag in Verkaufsstellen und Dienstleistungsbetrieben zu beschäftigen, wenn sie in Flughäfen oder zentralen Bahnhöfen sind.

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen werden:

Wenn morgen schon über das Gesetz zu den Ladenöffnungszeiten am Sonntag abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

Für die Befragung wurden zwischen dem 10. und 15. Oktober 2005 1216 stimmberechtigte Personen interviewt. Der mittlere Befragungstag war dabei der 12. Oktober. Die Umfrage wurde damit im Schnitt 46 Tage vor dem Abstimmungssonntag gemacht. Sie wird über sechs Wochen alt sein, wenn die Volksentscheidung definitiv fällt.

Das Befragungsgebiet der Erhebung erstreckte sich auf die ganze Schweiz. Realisiert wurde die Befragung mit computerunterstützten Telefoninterviews. Geführt wurden sie in den drei vorherrschenden Landessprachen. Die Personenauswahl erfolgte nach einem sprachregional geschichteten Zufallsauswahlverfahren, das auf den Telefonhaushalten basiert. Innerhalb der Haushalte wurde diejenige stimmberechtigte Person befragt, die als letzte im Kalenderjahr Geburtstag hat; das garantiert am besten, dass alle stimmberechtigten Personen die möglichst gleichen Chancen haben, befragt zu werden.

Damit wir zuverlässigere sprachregionale Analysen vornehmen können, haben wir in der Ursprungstichprobe die italienisch- (306 Interviews) resp. französischsprachige Schweiz (302 Interviews) übergewichtet. In der deutschsprachigen Schweiz wurden insgesamt 608 Interviews realisiert. Für die gesamtschweizerischen Hauptergebnisse wurde die Übergewichtung der lateinischsprachigen Landesteile rückgängig gemacht. Die Gewichtung wurde so vorgenommen, dass die Angaben zum rückerrinnerten Stimmverhalten bei den Abkommen zu Schengen/Dublin den effektiven Anteilen entsprechen.

Angaben über die Stimmabsichten basieren jeweils nur auf jenen Befragten, die angeben, sich an der Volksabstimmung vom 27. November 2005 beteiligen zu wollen. Diese Gruppe umfasst 757 Personen. Der statistische Fehler bei der gesamten Stichprobengrösse insgesamt beträgt rund +/-3%, bei den beteiligungswilligen BürgerInnen +/-3.6%.

**Tabelle 1:
Ausgewählter statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung**

<i>Stichprobengrösse</i>	<i>Fehlerquote</i>	<i>Basisverteilung</i>
	50:50	20:80
N = 1201	2.9%	2.3%
N = 757	3.6%	2.9%
N = 100	10.0%	8.1%

Lesebeispiel: Bei 757 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50% liegt der effektive Wert zwischen 50 % +/- 3.6%, bei einem Basiswert von 20% zwischen 20 % +/- 2.9%.

Vergleiche der Ergebnisse mit Befragungen anderer Institute sind nicht statthaft, da jedes Institut nach den eigenen Regeln verfährt, wie der Fragebogen formuliert, die Stichprobe gebildet und das Ganze in der Praxis umgesetzt wird. Minimal eingehalten werden müssen nur die Richtlinien von Swiss Interview, die dem durchführenden Institut aber erhebliche Interpretationsfreiheiten zulassen.

Bei der Datenanalyse haben wir verschiedene statistische Verfahren verwendet. Erwähnt seien die Regressions- und Clusteranalyse. Die Clusteranalyse fasst die Interviews aufgrund einer Anzahl von Variablen so zusammen, dass Typen entstehen. Das ist beispielsweise bei Argumenten interessant, wo man so Personen, die auf alle (getesteten) Argumente ähnlich reagieren, gruppieren kann. Der Vorteil dieses Verfahren besteht darin, dass die Zuordnung nicht arbiträr erfolgt, sondern aufgrund der grössten Ähnlichkeiten. Die Regressionsanalyse klärt den Einfluss eines Variablensets auf eine weitere Variable. Das ist beispielsweise der Fall, wenn man den Einfluss von Argumenten auf die Stimmabsichten klären will. Der Vorteil dieses Verfahren besteht auch hier darin, dass die Zuordnung nicht arbiträr erfolgt, sondern aufgrund der grössten Ähnlichkeiten.

SWISS INTERVIEW Richtlinien:

www.polittrends.ch/abstimmungen/naechste-abstimmungen/meinungsbildung/swiss-interview

Weiterverwendung unter Quellenangabe frei.

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Projektleiter
Schwerpunkte: Kommunikation von
Wissenschaft, Verwaltung und Politik,
Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung
des Staates, Datenbanken, Hochrechnungen,
statistische Datenanalyse.

[identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Projektassistent
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
EDV-Programmierungen,
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.